

Nein zum Sparen auf dem Buckel der Armee

Autor(en): **Erb, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **73 (1998)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nein zum Sparen auf dem Buckel der Armee

Die schweizerische Armee auf dem Weg zur Armee 200X

Die Delegierten der Schweizerischen Offiziersgesellschaft trafen sich zu ihrer Jahresversammlung im «Landhaus» Solothurn. Unter Leitung von Gesellschaftspräsident Brigadier Michel Crippa und in Anwesenheit zahlreicher ziviler und militärischer Gäste wurden vorerst die statutarischen Geschäfte abgewickelt, wobei unter «Varia» durch Verabschiedung einer Resolution ein markantes Zeichen gesetzt wurde. Im zweiten Teil der Zusammenkunft referierte Generalstabschef Scherrer über die schweizerische Armee auf dem Weg zur Armee 200X.



«Landhaus» Solothurn, Landeplatz der Warenschiffe

In einer Resolution zuhanden von Bundesrat und Parlament verlangen die Delegierten der SOG, dass das Parlament die am «Runden Tisch» der Armee auferlegte Hauptspartlast von vier auf höchstens drei Prozent jährlich reduziert, dass das Parlament die Revision der Erwerbsersatz-

Von Major Walter Erb, Oberstammheim

ordnung in der Herbstsession beschliesst und als Minimum die Gleichstellung des Entschädigungsniveaus mit demjenigen der Arbeitslosenversicherung verwirklicht, dass der Bundesrat beim Instruktionkorps in der jetzigen Reformphase keinen weiteren Abbau vornimmt.

Das Tätigkeitsprogramm der SOG für 98/99

Ist bemerkenswert: Sie wird sich zum Bericht Brunner vernehmen lassen. Am 16./17.10.98 führt sie ein Seminar für junge Offiziere durch. Für den Einsitz in die Projektorganisation Armee 200X wird sie einen Delegierten ernennen. Revisionen der Sozialversicherungsgesetzgebung werden genau verfolgt. Handlungsbedarf ergibt sich zugunsten des Instruktionkorps. Der persönliche Dialog mit dem Vorsteher des VBS und den Spitzen der Armee soll in regelmässigen Abständen gepflegt werden.

Jährlich wiederkehrende Routinegeschäfte

Im Sinne der Anträge des Vorstandes waren die Delegierten mit allen Vorschlägen einverstanden mit Ausnahme der Preiserhöhung des Abonnementes der ASMZ – zum drittenmal wurde die Anhebung von 20 auf 27 Franken abgelehnt.

Begründung der Resolution

Die Delegierten anerkennen die Sparbemühungen. Im Prozess, der zur Armee 200X führt, bilden die drei erwähnten Anliegen jedoch wesentliche Bausteine. Die gewaltigen Budgetabstriche, die drohende Schlechterstellung der Instruktionen und die mangelhafte Entschädigung an die Dienstleistenden für Soldaten und Kader führen zu weiteren Entlassungen in den Militärbetrieben und erschweren seriöse Planung und Entscheidungsfindung für die Armee 200X.

Gemeinsam zum Erfolg

Mit dem Hinweis auf den Wandel im sicherheitspolitischen Umfeld eröffnete KKdt Scherrer seinen «Tour d'horizon». Heute werde eine Weltgemeinschaft angestrebt mit dem Ziel, den Frieden zu sichern oder wieder herzustellen. Auch die Schweiz trägt somit Verantwortung. Scherrer wollte im Rahmen der SOG vor allem den Weg zur Armee der Zukunft zeigen.

Tatsachen

Die Armee 61 wurde laufend den aktuellen Ereignissen angepasst; die Armee 95 wurde auf zehn Jahre angelegt. Der Personalbestand des Departementes geht in diesem Jahrzehnt um 40% zurück. Die Militärausgaben verringern sich zwischen 1990 und 2001 um 37%. Die sicherheitspolitische Öffnung hat durch die Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden eine neue Dimension erhalten.

Sparen ist Trumpf

Dem VBS stehen für die Jahre 1999 bis 2001 im Sinne eines Globalbudgets 12,88 Milliarden zur Verfügung. Wir verfügen aber nicht über ein wirkliches Globalbudget, sondern verwenden den Begriff «Ausgabenplafond». Im Herbst 1998 muss das Parlament über das Stabilisierungsprogramm entscheiden, wobei sich keine Präjudizien für die Armee 200X ergeben dürfen.

Von der Armee 61 zur Armee 95

Die Armee 61 beschäftigt uns noch immer, vor allem im Bereich der Liquidation. Dies hängt mit der Verkleinerung der Armee zusammen, vieles aber ist einfach veraltet. Zur heutigen Führung der Armee erinnerte Scherrer daran, dass sie ihren Dienst zugunsten der gesamten Bevölkerung leistet. Resultate sind bereits ersichtlich. Die Leistungen des Festungswachtkorps seien besonders erwähnt. Dienst wird aber auch geleistet aufgrund von Hilfesuchen: 1981 waren es deren 86; 1998 ist die 200er-Grenze bereits überschritten. Generell geht es darum, der heutigen Armee Sorge zu tragen, ist sie doch Basis für die Zukunft.

Armee 95 und Progress

Stillstand bedeutet Rückschritt. Darum wurde das Programm PROGRESS entwickelt. Es ist ein auf die Zukunft gerichtetes Programm, das ermöglicht zu reagieren, zu optimieren und gezielt nach vorne zu schauen. Alles, was wir heute ver-

nachlässigen oder aufschieben, wird den Start der Armee 200X belasten. Dem Milizgedanken verhaftet wies der Generalstabschef auf die Verpflichtung der Führungskräfte hin; es sei deshalb nötig, den Prozess zur Armee 200X zu kennen und zu verstehen.

Der Bericht Brunner

Er sei Ausgangspunkt zur Armee 200X, erklärte Scherrer, und zitierte: «Die Kommission hat sich entsprechend ihrem Mandat auf einige Leitlinien politischer, militärischer und strategischer Natur geeinigt. Gesamthaft sind es 19 Empfehlungen. Es ist nun Sache der Behörden – Regierung, Parlament und Verwaltung – und der Bürgerinnen und Bürger, genau festzulegen, welche Massnahmen daraus abzuleiten und umzusetzen sind.» Aufgabe der Kommission war es, eine sicherheitspolitische Lageanalyse vorzunehmen. Er ist somit auf der sicherheitspolitischen Ebene anzuschliessen.

Mit der Veröffentlichung des Berichtes wurde der Startschuss für die Armee 200X gegeben. Der Chef VBS wird dem Bundesrat ein Aussprachepapier mit den politischen Leitlinien für die Armee 200X vorlegen. Der nächste Schritt ist dann die Redaktion eines neuen sicherheitspolitischen Berichtes. Nach dessen Verabschiedung wird die Phase Armee beginnen mit der Ausarbeitung eines neuen Leitbildes, gefolgt von Anpassungen in der Gesetzgebung.

Strategie – Doktrin – Armeorganisation

Gemäss diesem Scherrer'schen Grundsatz wird am Anfang der Arbeit eine strategische Vision als Grundlage der Armee 200X ausformuliert. Der zentrale Baustein der strategischen Vision ist die anschliessend ausformulierte und alles umfassende Doktrin. Erst vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wird die Armee 200X entwickelt: Erst jetzt fliessen Zahlen ein und werden verschiedene Modelle entworfen.

Entscheidend ist, dass mit dieser Projektorganisation die Vernetzung aller Bereiche ermöglicht wird. Innerhalb dieser Projektorganisation bereitet das Kernteam seit Januar 98 breite Konsultations- und Hearingverfahren vor und führt diese nun durch. Nebst den professionellen Zellen der Organisation sind darin auch Angehörige der Miliz und des Zivilschutzes vertreten. Damit die ganze Bevölkerung die Armee 200X mittragen kann, wird laufend über das Projekt berichtet. Entscheidend ist, dass Rüstungsplanung und -beschaffung so gesteuert wird, dass der optimale Handlungsspielraum gewahrt bleibt. Die Empfehlungen des Berichtes Brunner sind klar formuliert. Wenn dieser Bericht auf der politischen Ebene ernst genommen wird, so lassen sich bereits heute Konsequenzen aufzeigen.



Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat des Generalstabschefs, KKdt Hans Ulrich Scherrer.

Die schweizerische Neutralität

Die Neutralität ist ein unverzichtbarer Bestandteil der schweizerischen Politik. Das Neutralitätsrecht steckt den Rahmen ab; in der Umsetzung der Neutralitätspolitik hingegen sind wir frei. Im Bereich friedenserhaltender oder friedensfördernder Massnahmen und damit im Selbstschutz fand weltweit ein Doktrinwechsel statt: Blauhelmen in entmilitarisierte Zonen, Blauhelme in bereinigte Krisengebiete, Truppen von heute in noch nicht bereinigte Krisengebiete.

Wir – Zusammenfassung des Generalstabschefs

Wir: Sie, die politisch Verantwortlichen und ich (KKdt Scherrer) müssen den Wandel zusammen schaffen im Bewusstsein, dass der Wandel nicht Unsicherheit schaffen darf.

Wir: Sie, die Politiker und ich müssen zur Einsicht gelangen, dass wir künftig vermehrt als Learning Organisation und prozessorientiert arbeiten müssen.

Wir: Sie, die Politiker und ich müssen zur heutigen Armee Sorge tragen, denn sie ist das Fundament für die Armee der Zukunft.

Wir: Sie, die Politiker und ich müssen den sicherheitspolitischen Wandel vermehrt analysieren.

Wir: Sie, die Politiker und ich müssen innovativ und zukunftsorientiert handeln und uns bewusst sein, dass traditionelle Werte oft das einzige Mittel für den inneren Halt einer Nation sind.

Wir in der Zentrale schaffen den Wandel nicht allein. Helfen Sie uns konstant. Für die Zukunft müssen wir zusammenstehen nach dem Motto: Gemeinsam zum Erfolg.

Die Palästinenser – wer sind sie?

Um 1000 vor Christus reichte das Land Palästina vom Norden Syriens bis hinunter zum Golf von Akaba und umschloss grosse Gebiete von Syrien, Jordanien, den Libanon und das heutige Israel.

Die Balfour-Deklaration 1917 ermöglichte es – nach der Eroberung des Landes durch die Briten 1917/18 – den Zionisten, das heutige Israel allmählich neu zu besiedeln mit dem Ziel, dort einen jüdischen Staat aufzubauen, was im Jahre 1948 trotz vieler Hindernisse gelang. Der arabische Widerstand gegen dieses Vorhaben wurde im 1. israelisch-arabischen Krieg 1948/49, im Sinai-Feldzug vom 29.10.–8.11.1956, im Sechs-Tage-Krieg vom 5.–11.6.1967 und im Jom-Kippur-Krieg vom 6.–25.10.1973 gebrochen. Seit dem Ausbruch der Intifada im Jahre 1987 erhielt die Glut des palästinensischen Widerstands neue Nahrung, die Yassir Arafat grösste Schwierigkeiten bereitet.

Die palästinensische Urbevölkerung verlor weitgehend ihre Heimat, rettete sich in Teilen nach Jordanien, wurde von dort im Jahre 1970 ebenfalls mit militärischer Gewalt vertrieben und verteilte sich in der Folge auf den Libanon, den Gaza-Streifen, den östlichen Teil von Jerusalem und auf die Westbank, das Israel den Jordanern abgerungen und besetzt hatte. Heute umfasst das als Palästina bezeichnete Gebiet der Westbank mit Ostjerusalem und dem Gaza-Streifen ein Gebiet von 6170 km² mit einer Bevölkerung von 2,7 Millionen. Im Gaza-Streifen sind auf 202 km² über 900 000 Bewohner eingepfercht, was einer Bevölkerungsdichte von über 4000/km² entspricht. In den siebziger Jahren hielten sich zwischen 500 000–600 000 Palästinenser in Flüchtlingslagern auf, die heute noch von der UNO betrieben werden. Ganze Generationen von Palästinensern haben nie anderswo gelebt als in den Lagern, die eigentlichen Ghettos gleichkommen, in denen heute noch mehr als 300 000 existieren. Weltweit verstreut gibt es weitere 4,7 Mio. Palästinenser.

Israel selbst beansprucht für sich eine Fläche von 20 770 km² für eine Bevölkerung von 5,2 Mio. Einwohnern, wovon rund 900 000 naturalisierte Palästinenser, die dort ein Leben als Bürger 2. Klasse fristen. Die sogenannten Autonomiegebiete der Palästinenser haben eher den Charakter von Reservaten, die wirtschaftlich von der UNO und von Israel abhängen, zumal sie den Israelis als ergiebiges, preisgünstiges Potential an Arbeitskräften dienen, mit dem sie willkürlich umspringen. Die Arbeitslosigkeit ist mit über 40% extrem hoch und der Lebensstandard extrem tief. Ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung lebt von der kargen Landwirtschaft, 13% von der Bauwirtschaft und erst 7% von der Industrie. Die hohen Erwartungen, welche sich die Palästinenser von der Rückkehr von Yassir Arafat gemacht haben, sind einer tiefen Ernüchterung gewichen. Die Lage ist und bleibt hoffnungslos, solange Semiten gegenseitig in blutigem Antisemitismus verharren und die Chance einer föderalistisch aufgebauten gemeinsamen Staatsstruktur nicht erkennen.

Quellen: Eine Welt, 3/1998; Hans Jendges: Der Nahostkonflikt, Berlin 1976; Meyers Taschenlexikon Geschichte; Harenberg/Länderlexikon.
T. E. Itin, Basel